

## Bericht aus der Gemeinderatssitzung 07-26 vom 21.07.2026

*Liebe Newsletter-Abonnenten, liebe Mitglieder,*

*in der letzten Sitzung vor der Sommerpause wollten noch viele Dinge auf dem Weg gebracht werden. 22 Tagesordnungspunkte, 600 Seiten Sitzungsvorlage, das war der Schlussakkord bevor auch in Baden-Württemberg die Schulferien beginnen. Doch wie an der Uni heißt es auch für uns: Es ist zwar Sitzungsfrei, aber auch im August steht viel Arbeit im Hintergrund für uns an. Über das eine oder andere werden wir in der nächsten Ausgabe des Gemeinderats wie gewohnt Ende September berichten.*

*Für den Moment wünschen wir allen ein tolles Vereinsjubiläumswochenende mit dem TSV Langenbrücken und dem TuS Mingolsheim. Bleiben Sie uns bis dahin gewogen.*

### Die wichtigsten Entscheidungen im Überblick

- die Gemeinde kündigt den Vertrag mit dem Betreiber der Kraichgaumäuse,
- die Elternbeiträge für Kindertagesstätten steigen in zwei Etappen
- Gemeinderat bringt Binnenerschließung zwischen Rochusstraße und Friedrichstraße auf den Weg

### Kündigung der KiTa Kraichgaumäuse sowie Erhöhung der KiTa Gebühren (TOP 3+4)

Tagesordnungspunkte rund um KiTas sind oftmals auch emotional aufgeladene Themen. Das war auch in der jüngsten Gemeinderatssitzung festzustellen. Zum einen hat die Gemeinde entschieden, den Vertrag mit dem insolventen Betreiber der Kraichgaumäuse zu kündigen. Außerdem stimmte die Mehrheit des Rates der Anhebung der Elternbeiträge zu. Zu beiden Entscheidungen war es uns wie immer wichtig, einerseits empathisch die Sicht der Eltern ernst zu nehmen, aber auch sach- und zahlenorientiert zu entscheiden.

Zunächst zur **Kündigung der Kraichgaumäuse**: Es ist sehr zu begrüßen, dass die Verwaltung hier ein Auge auf die Kostenunterschiede zwischen den Einrichtungen hat. Die Kraichgaumäuse haben zuletzt ein überproportional hohes Defizit von circa 500.000 € im Jahr verursacht und waren auch in der Belegung mittlerweile weit unterdurchschnittlich. Gleichzeitig haben wir Betreuungskapazitäten aufgebaut und können somit auch die Unterdreijährigen gut mit Plätzen in anderen Einrichtungen abdecken. Wir verstehen die emotionale Perspektive der Eltern, die sich in der bisherigen Einrichtung wohl fühlen und ihre Kinder gut betreut wissen. Die Verwaltung hat allerdings auch schlüssig aufgezeigt, dass wir auch in anderen Einrichtungen der Gemeinde eine gute Versorgung der Unterdreijährigen sicherstellen können. Somit war es für uns folgerichtig, dass wir als CDU-Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung folgen und den sehr teuren Vertrag mit dem Träger der Kraichgaumäuse kündigen. Mit einer klaren Mehrheit stimmte der Rat der Kündigung des Vertrages mit dem Träger zu und lehnte weitere Vorbedingungen ab,

die die SPD-Fraktion ins Spiel brachte. Diese klare Entscheidung schafft jetzt Planungssicherheit für Eltern, Träger und Verwaltung - und vor allem finanzielle Entlastung für die Gemeinde.

Der zweite Punkt zum Thema Kitas in Bad Schönborn war die **planmäßige Erhöhung der Elternbeiträge**. Auch hier sehen wir die Sorgen der Eltern und müssen gleichzeitig das hohe finanzielle Defizit der Gemeinde im Auge behalten. Im letzten Jahr haben wir im Gemeinderat mehrheitlich beschlossen, grundsätzlich der landesweiten Empfehlung der Fortschreibung der Elternbeiträge zu folgen. Konkret bedeutet dies eine Steigerung um 4,5% für das Kindergartenjahr 2026/ 2027 und weitere 4% für das Kindergartenjahr 2027/ 2028. Ziel bleibt dabei eine 20-prozentige Kostendeckung durch die Beiträge der Eltern zu erreichen. Aktuell erreichen wir die 20% hier vor Ort trotz der Erhöhung nicht.

Erneut stellte sich die SPD gegen eine Erhöhung und mahnte an, die Elternbeiträge seien sozial ungerecht. Frau Mirwald (SPD) sagte es sei unfair, dass nur Eltern ihre Einkünfte offenlegen sollen, die eine staatliche Förderung erhalten wollen. Sie forderte aus Gründen der Gleichbehandlung, dass zukünftig alle Eltern ihr Vermögen und Einkünfte offenlegen müssten.

Für die CDU brachte **Jochen Fellhauer** drei wesentliche Argumente ins Feld, die für eine ausgewogene Erhöhung und gegen einkommens- und vermögensabhängige Elternbeiträge sprechen:

- 1) **Jährliches Defizit** für die Kinderbetreuung in Bad Schönborn in Höhe von **3,5 Mio Euro**
- 2) Wir **haben bereits ein sehr solidarisches System** etabliert: **80% der Kosten zahlt die Kommune**, werden also durch die Allgemeinheit getragen, **Geschwisterstaffelung**, Unterstützung durch den **Landkreis** und die Bad Schönborner **Oberbauer'sche Waisenstiftung** für einkommensschwache Familien.
- 3) Die von Dennis Eidner im Namen der SPD-Fraktion propagierte „Gerechtigkeit“ durch **einkommens- und vermögensabhängige Gebühren führt zu mehr Bürokratie für alle**. Nicht nur der Verwaltungsaufwand wird erhöht. Auch müssten alle Eltern quasi eine zweite Steuer- und Vermögenserklärung für den Kindergarten abgeben.

Als CDU-Fraktion stehen wir für einen pragmatischen, solidarischen Ansatz. Kinderbetreuung ist eine sehr wichtige kommunale Aufgabe. Deshalb haben wir in den letzten Jahren Investitionen in diesem Bereich mit initiiert. Einem Bürokratieaufwuchs zum Ziel von noch mehr Umverteilung erteilen wir aber eine klare Absage. Das sahen auch die Mehrheit der Gemeinderäte so – übrigens auch vereinzelt aus der Fraktion der SPD...

## **Neuer Wohnraum entsteht im Herzen von Mingolsheim (TOP 8)**

Im Herzen von Mingolsheim sollen auf dem Gelände heutiger Gärten zwischen Friedrichstraße und Rochusstraße auf Höhe Kirche bis Rathaus Mingolsheim Wohnbebauung in zweiter Reihe ermöglicht werden. Das Areal soll vom heutigen Parkplatz Viktoriastraße erschlossen werden.

Die breite Mehrheit des Gemeinderats stimmte mit Ausnahme der Grünen Liste zu, in der Planung weiter fortzuschreiten. Sie als Bürger haben nun die Möglichkeit, sich einen Eindruck über den Bebauungsplan zu verschaffen und sich ggf. im Prozess zu beteiligen.

## Weitere Themen der Sitzung

### Bericht der Feuerwehr Bad Schönborn (TOP 2)

Feuerwehrkommandant **Thorsten Albrecht** berichtete im Gemeinderat über die Arbeit der Feuerwehr Bad Schönborn. Die Jahresstatistik verzeichnet für 2025 178 Einsätzen sowie zusätzlich 59 Einsätze zur psychosozialen Einsatznachversorgung – ein wichtiger Dienst, damit die Ehrenamtlichen belastende Erlebnisse nicht ohne Unterstützung verarbeiten müssen. Die Feuerwehr hat in den letzten Jahren viel in Ausbildung investiert und ist mit 20 Gruppenführern, 15 Zugführern und 16 Atemschutzgeräteträgern gut aufgestellt, wobei es laut Herrn Albrecht beim Frauenanteil (aktuell 14 Frauen) noch Luft nach oben gibt. Besonders erfreulich ist die Kinder- und Jugendarbeit mit 91 Mitgliedern. Hervorzuheben ist auch das Engagement der Feuerwehr Bad Schönborn bei der interkommunalen Zusammenarbeit. Beschaffung, Wartung und das Bereitstellen von speziellen Kompetenzen im Verbund mit weiteren Nachbargemeinden ermöglicht effizienteres und nachhaltigeres Arbeiten. **Erik Dammert** bedankte sich im Namen der CDU für die geleistete Arbeit und sicherte weiter die Unterstützung der CDU bei der kontinuierlichen Verbesserung organisatorischer Rahmenbedingungen zu.

### Kriterien für den Bauturbo und erste Fälle (TOP 5+6)

Der Bauturbo soll helfen, kommunal schneller Wohnraum zu schaffen. Dazu muss das Bauamt allerdings auch Aufgaben übernehmen, die bisher in Teilen durch das Landratsamt abgedeckt wurden.

Die CDU hatte ja Anfang des Jahres die Einführung des Bau-Turbos kritisch begleitet und vor allem darauf gedrängt, dies nicht ungeregt anzugehen. Wir haben uns als Fraktion im Laufe der letzten Monate auch hier stark eingebracht. Die Verwaltung hat nun zumindest Teile unserer Vorarbeit im Rahmen eines Kriterienkatalogs aufgegriffen. Der Gemeinderat hat dies nach entsprechender Vorberatung im AUT verabschiedet.

Damit das erste Projekt auch diesen Kriterien entspricht, musste der Gemeinderat den aktuellen Fall zunächst formal ablehnen. Bauherr und Verwaltung sind bereits im Gespräch, die nun verabschiedeten Kriterien in der Planung zu reflektieren.

Die CDU-Fraktion hat angeregt, den Status und die Laufzeit der Anträge zu dokumentieren, um im Laufe der kommenden Monate die Wirksamkeit des Instrumentes prüfen zu können.

## Letzte Fassadenarbeiten an der Schönbornhalle vergeben (TOP 12)

Die letzten Arbeiten an der Nordfassade der Schönbornhalle werden durch den bereits tätigen Fensterbauer Fa. Völkle durchgeführt. Der Gemeinderat genehmigte einstimmig die Beauftragung in Höhe von ca. 71.000 Euro.

## Weitere Beschlüsse in der Zusammenfassung

- Um zukünftig die Entwicklung des **Industriegebiets Aue in Langenbrücken** klarer und verträglich zum Bestandsgewerbe zu steuern, hat der Gemeinderat eine Aktualisierung des Bebauungsplans beschlossen.
- In diesem Zusammenhang bat Daniel Molk die Verwaltung, nach der Sommerpause den Sachstand zur Bearbeitung des Antrags der CDU zu berichten: wir hatten die Verwaltung gebeten, die Verkehrsbelastung im Lichte des neuen Logistikzentrums bewerten zu lassen und möglichen Gegenmaßnahmen zu erörtern.
- Der Gemeinderat hat zugestimmt, im Bereich Langenbrücken-West archäologische Voruntersuchungen durch das Landesdenkmalamt durchführen zu lassen. In Stettfeld hat es in den letzten Jahrzehnten immer wieder Funde aus der Römerzeit gegeben. Eine zentrale Voruntersuchung stellt sicher, dass bei einer späteren Erschließung kein monatelanger Baustopp droht.
- Der Gemeinderat empfiehlt dem gemeinsamen Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft Bad Schönborn Kronau die Fortführung des Bebauungsplanverfahrens zu Langenbrücken-West zu beschließen.
- Vertagt wurde die Beratung über die Umgestaltung des Marktplatzes Mingolsheim. Die Änderung des Bebauungsplans im Bereich des früheren Tanzlokals Mühlbachhof wurde in den nichtöffentlichen Teil verwiesen.
- Die zwischenzeitlich fälligen Abschlagszahlungen für den Neubau St. Maria fallen höher aus als in der Haushaltsplanung zunächst angenommen. Es werden ca. 1,1 Mio Euro zusätzliche Mittel in 2026 benötigt, die teilweise erst für 2027 eingeplant waren.  
Insgesamt zeichnet sich ab, dass der Neubau teurer werden wird als zunächst geplant.
- Die neue Stichstraße zum Kindergartenneubau St. Maria wird **Helene-Lange-Straße** heißen.
- Nach über 10 Jahren hat die Gemeinde ihre Gebührenordnung aktualisiert. Die neu gefassten Gebühren haben das Ziel, eine faire Kostendeckung darzustellen.
- Nachdem ein Bauträger die Neubauten im Bereich der Waldparkstraße seit Jahren weder an Wasser oder Abwasser angeschlossen hat und auch keine Straße fertiggestellt hat, haben die Anlieger die Gemeinde auf Herstellung von Erschließungsanlagen verklagt (wir haben bereits mehrfach berichtet). Der Gemeinderat hat BM Hüge nun zum Führen dieses Rechtsstreits ermächtigt.

## Bekanntgaben

- Die CDU ergänzt ihren Antrag zur Schulentwicklung um die Prüfung von Klimatisierung
- Wichtige Info für alle Bürger: Im vierten Quartal wird die B3 in Langenbrücken teilweise gesperrt. Ab 09. Oktober bis voraussichtlich November 2027 findet eine Sanierung der B3 statt. Bauabschnitt eins wird von der Polizei bis Mündung Östringer Straße eingerichtet.
- Erik Dammert monierte die aktuelle Ampelschaltung Höhe Metzgerei Kerle, Bernhard Steltz bemängelte die Schaltzeiten der Pflaumstraße. Die Verwaltung sagte zu, beim Landkreis nachzufragen.
- BM Hüge wies die Gemeinderäte an, Anfragen nicht mehr direkt an die Verwaltungsmitarbeiter, sondern zukünftig ausschließlich an ihn zu stellen. Hintergrund ist, dass die Anzahl und Ausmaß der Anfragen die Verwaltung zuletzt an die Kapazitätsgrenzen brachten.
- Daniel Molk regte an, das Sanierungskonzept Wasser/ Abwasser des Ingenieurbüro Schulz fortzuschreiben.
- Außerdem mahnte Daniel Molk an, dass Markierungsarbeiten an Parkplätzen just während des Wochenmarktes unglücklich terminiert waren.
- Guido Woll bedankte sich für Unterstützung der Verwaltung beim Konzert des Musikvereins Langenbrücken
- Anna Heinzmann stellte für die Grüne Liste einen Antrag auf Begrenzung der Fahrzeiten von Mähroboter